

Antrag

an die LMV am 7.11.2015

AntragsstellerIn: LAG Bildung, Matthias Güldner

Gegenstand: Campus Ohlenhof

Antragstext

Beschluss:

1. Der Prozess der Planung des Campus Ohlenhof wird fortgesetzt mit dem Ziel zu zeitnahen Entscheidungen über Planung, Finanzierung und bauliche Umsetzung des Projekts zu kommen.
2. Dabei wird eine Überplanung der bisherigen Vorlagen vorgenommen, um zu einer deutlichen Kostenreduzierung gegenüber dem letzten Planungsstand und damit zu einer Kostendeckung durch bisher schon beschlossene, von außen eingeworbene und noch bereitzustellende Mittel zu kommen. Kostenreduzierungen durch Überarbeitung von -oder völligen Verzicht auf - einzelne Bestandteile des Gesamtplans Campus Ohlenhof setzen an bei Baustandards des Schulgebäudes (bisher 18,0 Mio), bei der Errichtung von Mensa-Kapazitäten (bisher 4,3 Mio), bei der geplanten Sporthalle (bisher 4,1 Mio), bei der Verlegung des Streichelzoos Wilder Westen (bisher 2,3 Mio) und bei der Gestaltung des Außengeländes an.
3. Die Art der Umsetzung soll sicherstellen, dass die bereits eingeworbenen Drittmittel des Bundes in Höhe von über 6 Mio für das Projekt genutzt werden können.
4. Der zur Debatte stehende so genannte Plan B mit der Erweiterung auf jeweilige 6-Zügigkeit der Gesamtschule West und der Neuen Oberschule Gröpelingen wird nicht weiterverfolgt.
5. Bei der Umsetzung müssen unter anderem folgende Fragen noch geklärt werden:
 - Welche Maßnahmen sind für den geordneten Schulbetrieb der Oberschule Ohlenhof jenseits des jetzigen Container-Provisoriums zwingend erforderlich und damit zeitlich prioritär, was am bisherigen Gesamtkonzept ist nachrangig, was vorläufig ganz verzichtbar?
 - Wie verhält sich die kostensenkende Modifizierung des Baus zur Frage von Ausschreibungsanforderungen?
 - Gibt es für den Bau der Sporthalle auch wirtschaftlichere Alternativmodelle zum Eigenbau durch die FHB?
 - Wann kann nach Abschluss der Umplanungen mit dem Bau und damit mit dem

- 31 Einstieg in den Umzug aus den provisorischen Containerklassen begonnen werden?

Begründung

Ausgangslage:

Im letzten Jahrzehnt wurde die Schullandschaft im Bremer Westen durch die Konsolidierung der Gesamtschule West (GSW) als vierzügige Oberschule und durch die Neugründung der ehemaligen Pestalozzi-Schule als Neue Oberschule Gröpelingen (NOG) vorangebracht. Um den steigenden SchülerInnenzahlen Rechnung zu tragen, wurde neben der Grundschule Halmer Weg eine neue Oberschule Ohlenhof – zunächst als Provisorium in Mobilbauten – gegründet. Unter dem Motto „Gröpelingen bildet“ wird seit vier Jahren auf Grundlage von Beschlüssen der zuständigen Deputation, sowie Mittelbindungen des Haushalts- und Finanzausschusses (HaFa) ein intensiver Beteiligungsprozess mit Eltern, SchülerInnen, sowie LehrerInnen der in Gründung befindlichen Oberschule sowie anderer Schulen im Bremer Westen durchgeführt, um die Oberschule Ohlenhof auf dem Gelände einer erweiterten Campus Ohlenhof zu einem Zentrum verstärkter Bildungsanstrengungen im Bremer Westen zu machen. Die Planung ist eindeutig orientiert am Konzept, durch verstärkte Bildungsanstrengungen auch einen Ausweg aus Armut und sozialen Problemlagen zu finden.

Diesen mehrfach koalitionär beschlossenen Prozess unterbrach die Aussage im Koalitionsvertrag, der Campus Ohlenhof würde nicht gebaut. Aufgrund von sofort einsetzendem intensivem Protest in Gröpelingen und im gesamten Bremer Westen beschlossen die Parteitage von Grünen und SPD parallel zur Verabschiedung des Koalitionsvertrages Entschließungsanträge mit der Aufforderung zur erneuten ergebnisoffenen Überprüfung dieser Entscheidung. Seitdem beschäftigen sich Grüne intensiv mit dieser Frage. Versammlungen vor Ort, Podiumsveranstaltungen und zahlreiche Gespräche zum Thema fanden auf Partei-, Beirats- und Fraktionsebene statt. Da aufgrund der sich (nicht nur wegen des Flüchtlingszuzugs) quasi täglich auch im Bremer Westen steigenden SchülerInnenzahlen zeitnah eine verbindliche Entscheidung für ein Modell der Schaffung von zusätzlichen Oberschulkapazitäten getroffen werden muss, wurde für die Deputation Kinder und Bildung am 18.11. von den Koalitionsfraktionen der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, dass die Grüne Partei auf ihrer LMV am 7.11. eine Richtungsentscheidung in dieser Frage trifft.

UnterstützerInnen

- Stadtteilgruppe Walle
- Dieter Steinfeld
- Anne Hölting
- Bernd Schwertfeger
- Bärbel Schaudin-Fischer
- Jens Hirschberg
- Ulrike Schnaubelt
- Vera Helling

- Petra Kettler